



VKU-Hauptgeschäftsführer Liebing:

„Dafür stehen wir: Daseinsvorsorge“



11011 Der Kommunalbrief

Viertes Quartal 2021 | Q4

Wir halten das Land am Laufen: Kommunalwirtschaft vor Ort

Der neue Bundestag macht sich in turbulenten Zeiten ans Werk. Wir hatten so gehofft, manche Themen besser im Griff zu haben. Wir blicken in erfahrene und vertraute und in neue, erfreulich oft junge Gesichter. Sie übernehmen Verantwortung. Es ist eine Zeit des Umbruchs. Viele sprechen vom Aufbruch. Es gibt ehrgeizige Ziele. Und viele Fragen. Sie brauchen Antworten. Wir haben Vorschläge:

Wie wir das Klima schützen und zugleich Energie sicher und bezahlbar bleibt. Wie wir Kilometer beim Glasfaserausbau machen, damit auch der Hidden Champion auf dem Land schnelles Internet hat. Wie Trinkwasser auch bei Dürren immer und überall aus dem Hahn kommt. Wie wir Abwasser nachhaltig entsorgen, Ressourcen schonen und Abfall vermeiden. Und wie wir unseren Wohlstand sichern – auch für nächste Generationen.

Nichts geschieht, wenn es nicht vor Ort passiert: Daseinsvorsorge für Aufbruch nutzen

Entscheidungen aus Berlin setzen unsere 1.500 kommunalen Unternehmen mit 283.000 Mitarbeitenden um. Sie versorgen uns zuverlässig mit Energie, Wasser und schnellem Internet und entsorgen Abwasser und Abfall – immer und überall, sicher und bezahlbar, auch in Krisen. Das ist Daseinsvorsorge. Sie ist Basis für einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort, gesellschaftliche Teilhabe und gleichwertige Lebensverhältnisse.

Unser Anspruch für 2030 sind klimaneutrale, leistungsstarke und lebenswerte Kommunen. Wie das gelingt und was es braucht, lesen Sie in kompakt in diesem ersten Kommunalbrief der neuen Wahlperiode, den Sie gern für Ihre zukünftige politische Arbeit nutzen können. Wir wünschen anregende Lektüre!

Schwerpunkte dieser Ausgabe



Daseinsvorsorge ist ein Standortfaktor und stärkt den Zusammenhalt. Klimawandel, Digitalisierung und Demografie fordern sie heraus. Wie Daseinsvorsorge auch in Zukunft sicher und bezahlbar bleibt und wie sie klimaneutral wird und zu einem Aufbruch für unser Land beitragen kann, erfahren Sie hier.

- Die klimaneutrale Kommune.....2*
- Die leistungsstarke Kommune.....5*
- Die lebenswerte Kommune.....9*
- Politisches Frühstück.....12*



11011

Der Kommunalbrief

Q4 | 2021



95%

des Stroms aus erneuerbaren Energien werden in unsere lokalen Stromverteilnetze vor Ort eingespeist.

Kommunale Unternehmen treiben die Mobilitätswende voran. Mehr als die Hälfte der öffentlichen Ladepunkte sind in kommunaler Hand: absolute Anzahl der Lademöglichkeiten über

18.500

Quelle: Bundesnetzagentur:
Ladesäulenkarte (Q1/2021)

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

Unser Ziel: **Klimaneutrale Kommunen** So kann es gelingen – der Weg bis 2030 und darüber hinaus

Aus jeder Steckdose und Heizung kommen Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien. Geothermie, Mieterstrom- und auch Quartiersprojekte haben Hochkonjunktur. Für die klimafreundliche Energieversorgung nutzen wir einen breiten Mix aus unterschiedlichen Klimaschutztechnologien – u.a. wird Klärschlamm aus Abwasserbehandlungsanlagen oder nicht-recycelbarem Restmüll in thermischen Verwertungsanlagen energetisch eingesetzt.

Die Stromversorgung überzeugt weiterhin durch ein hohes Maß an Versorgungssicherheit: Künftig ohne Kohle und auch bei Windflaute und ohne Sonnenschein. Wie das geht? Mit Kraft-Wärme-Kopplung und der dezentralen Erzeugung von Wasserstoff und Wasserstoffspeichern. Und mit Intelligenz in den kommunalen Verteilnetzen, und in Haushalten. Energie wird flexibler und effizienter verteilt und genutzt. Unsere Mobilität planen wir intelligent und vernetzt: von Ruf-Bussen über Car-Sharing bis zu Mobilitätshubs mit Ladepunkten für E-Autos und Anbindung an den ÖPNV. Staus sind wegen intelligenter Verkehrssteuerung selten. Beim schnellen Internet setzen wir auf moderne Glasfasernetze, deren CO₂-Bilanz deutlich besser als die von Kupfer- oder Kabelnetzen ist.

Stadtbild und Architektur haben sich sichtbar verändert: Begrünte Fassaden und Dächer sowie Regenauffangbecken binden klimaschädliches CO₂, kühlen unsere Städte in der Hochsommerglut und saugen Starkregen auf wie ein Schwamm. Auf dem Land speichern sie das Wasser. Der Klima-Anpassungsmanager koordiniert das kommunale Klima-Anpassungsprogramm. Aus jedem Hahn fließt Trinkwasser bester Qualität – immer und überall. Auch in Regionen, die in den letzten Jahren bei Dürren unter Engpässen litten.

Abwasser bereiten wir gewohnt sorgfältig auf – nur klimafreundlicher mit Ozon, das aus dem Nebenprodukt Sauerstoff der nahen Elektrolyse-Anlage für Wasserstoff entsteht. Die Straßen sind sauberer, wir wirtschaften nachhaltiger: Abfallvermeidung ist alltäglich. Statt fossiler Rohstoffe nutzen wir recyceltes Material für neue Produkte und Verpackungen. Herstellerverantwortung wird gelebt: Spurenstoffeinträge in Gewässer werden frühzeitig verhindert, Produkte werden recycelbar und langlebig gestaltet und bestehen aus recycelten Stoffen.





Sektorenübergreifende Strategien im kommunalen Betriebssystem: Wie klimaneutrale Kommunen gelingen.

Ob und wie Brüssels Ziele und Berlins Ambitionen spürbare Wirkung entfalten, entscheidet sich immer in der Umsetzung vor Ort. Städte und Gemeinden werden klimaneutral, wenn wir mit sektorenübergreifenden Strategien alle Bereiche des kommunalen Betriebssystems auf Klimaschutz ausrichten. Dafür müssen wir die örtlichen Potenziale in den Kommunen optimal nutzen. Denn das Ressourcen-Angebot ist von Ort zu Ort unterschiedlich verteilt. Ebenso vielfältig ist die Struktur der Nachfrage: Es macht einen Unterschied, ob dünn besiedelte ländliche Räume, Industrie- und Gewerbegebiete oder eine Großstadt zu versorgen sind. Klima- und Nachhaltigkeitsziele erreichen wir daher nur, wenn wir Ressourcen und Nachfrage vor Ort in den Kommunen optimal aufeinander abstimmen und an Quartieren ansetzen.

Unsere 10 Hebel – Was wir für klimaneutrale Kommunen brauchen:

1. EU-Klimaziele brauchen Praxisbezug: Klimaschutz findet vor Ort in den Kommunen statt.

2. Für günstigeren und wettbewerbsfähigeren Strom aus erneuerbaren Energien sorgen.

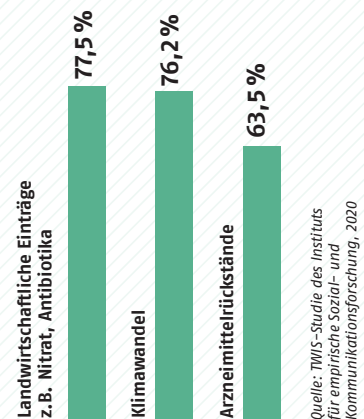
Politik sollte alle Steuern, Abgaben und Umlagen im Energiesektor prüfen und zielführend reformieren: fossile Energie belasten, erneuerbare Energie entlasten.

3. Verlässlichen und tragfähigen Investitionsrahmen für den Ausbau der erneuerbaren Energien schaffen.

Dafür müssen wir Investitionsbremsen mit Augenmaß lockern, z. B. im Plan- und Genehmigungsverfahren und beim Natur- und Artenschutz. Der Ausbau der Photovoltaik in den Städten braucht einen Quartiersansatz, um alle Dächer für die Versorgung nutzen zu können. Wir müssen die Windwende auf dem Land forcieren. Hier gilt: Nutzen schafft Akzeptanz. Deshalb brauchen wir u. a. Beteiligung von Bürgern & Kommunen sowie einfacheres Planungsrecht für Re-Powering.



Aus Sicht der Verbraucherinnen und Verbraucher könnten sich diese Themen negativ auf die Trinkwasserressourcen und -versorgung auswirken:



© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)



Direkt zu

[Klimaneutralen Kommune](#)



580*

Mal kleiner ist der CO₂-Fußabdruck** von Leitungswasser im Vergleich zu Flaschenwasser.



* gerundet

** CO₂-Äquivalente pro Liter: Leitungswasser 0,35 Gramm, Flaschenwasser 202,74 Gramm.
Quelle: GutCert: Vergleich des CO₂-Fußabdrucks von Mineral- und Trinkwasser, 2020

76%

ihrer CO₂-Emissionen hat die kommunale Abfallwirtschaft seit 1990 eingespart. Damit ist sie der Hidden Champion des Klimaschutzes.

Quelle: eigene Berechnung aus UBA: Treibhausgas-Bilanz (2020) und Prognos/Infra: Statusbericht der deutschen Kreislaufwirtschaft (2020)

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

4. Kluge Wärmewende anpacken:

Sie gelingt, wenn wir die kommunale Wärmeplanung flächendeckend ausrollen und stärken, angemessen fördern und langfristig Planungs- und Investitionssicherheit für den Aus- und Umbau der Wärmenetze sicherstellen.

5. Lokalen Wasserstoff stärker berücksichtigen und nutzen.

Kommunale Unternehmen, die wegen/mit ihren Infrastrukturen und für Synergieeffekte bereits lokalen Wasserstoff in der Praxis einsetzen, müssen stärker bei der Nationalen Wasserstoffstrategie berücksichtigt werden.

6. Mehr Energieeffizienz.

Die richtige Rechtskulisse ist gefragt: Statt Einsparverpflichtungen lieber auf ausgewogene Wettbewerbsbedingungen und Anreize setzen, um Energieeffizienznetzwerke zu stärken. Die Anforderungen des Energie- und Steuerrechts sollten so gestaltet werden, dass sie Investitionen der Wasserver- und Abwasserentsorger in Energieeffizienz anreizen statt verhindern.

7. Verkehrswende in allen Mobilitätssektoren.

Jede Kommune braucht eine passgenaue Ladeinfrastruktur-Strategie – entwickelt mit allen Akteuren im Quartier, umgesetzt vom (Elektro-)Mobilitätsmanager vor Ort. Für uns gilt: Kein Rosinenpicken für die Errichtung von Ladepunkten, z.B. ausschließlich an attraktive Standorten oder nur in Ballungsräumen. Ziel muss ein engmaschiges Lade-Netz für flächendeckende Grundversorgung in Stadt und Land sein – mit Ladepunkten an Orten, wo Menschen sich aufhalten. Auch insgesamt müssen Mobilitätsangebote auf dem Land attraktiver werden. Gleiches gilt für die Förderung zur Umrüstung sauberer kommunaler Fuhrparks.

8. Klimaschutz-Vorreiter wie die Abfallwirtschaft in Fördermittelkulissen integrieren.

9. Mindestanteil an recyceltem Material bei neuen Produkten (insb. Verpackungen), um Kreisläufe zu schließen.

10. Bürokratieabbau.

Die Energiewende wird durch zahlreiche Regeln und langwierige und komplizierte Genehmigungsverfahren erschwert. Hier bedarf es stärkerer Präklusions- und sinnvoller Stichtagsregelungen.





Unser Ziel: Ver- und Entsorgungssicherheit für **leistungsstarke Kommunen** 2030 und darüber hinaus

Corona, Klimawandel, Demografie oder Digitalisierung: Unsere Welt wandelt sich rasant. Das beeinflusst das Leben aller und unser Zusammenleben in den Kommunen. Viele suchen nach Halt und Orientierung. So manche sind verunsichert. Wenn vieles in Frage steht, müssen wir uns auf Bewährtes und Alltägliches wie die Daseinsvorsorge ohne Wenn und Aber verlassen können.

Auch in Zukunft ist unsere Energieversorgung nachhaltig, bezahlbar und sicher – dank einem überwiegend erneuerbaren Erzeugungspark, KWK und intelligenter Stromverteilnetze. Die Anpassung an die Folgen des Klimawandels wie Starkregen und Dürren ist mit „Mehr Grün und Blau im Grau“-Maßnahmen und dem Umbau zu einer klimarobusten Wasserversorgung geglückt. Die Ver- und Entsorgung ist weiter überall sicher und bezahlbar – auch in ländlichen Regionen, wo zuletzt viele Menschen gebangt haben, die Kosten für den Erhalt und Betrieb der Infrastrukturen nicht mehr stemmen zu können. In Stadt und Land gibt es schnelles Internet. Das Glasfasernetz reicht bis in jede Wohnung, schließt jeden Hidden Champion auf dem Land an und ermöglicht flächendeckenden 5G-Mobilfunk.

Unser Beitrag: Wie kommunale Unternehmen heute schon verlässlich ver- und entsorgen

Von pulsierender Großstadt bis hin zum Leben auf dem Land: Unentbehrliche Voraussetzung ist die sichere Versorgung mit Strom, Wärme, Wasser und schnellem Internet sowie eine verlässliche Entsorgung von Abfall und Abwasser. Für dieses Daseinsvorsorge-Paket für Menschen und Wirtschaft vor Ort arbeiten die kommunalen Unternehmen mit ihren über 280.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: rund um die Uhr, an 365 Tagen im Jahr, überall. Seit über 100 Jahren stellen wir uns den Veränderungen der jeweiligen Zeit. Unser Anspruch ist und bleibt, die Veränderungen für Menschen und Wirtschaft klug vor Ort zu gestalten und weiter für eine sichere Ver- und Entsorgung zu sorgen. Aus diesen Gründen ist Digitalisierung für uns kein Selbstzweck, sondern ein nützliches Werkzeug, das uns hilft, die Daseinsvorsorge zu verbessern und die Lebensqualität zu steigern.

12,2

Minuten lediglich dauerte die Unterbrechung der Stromversorgung 2019 in Deutschland im Durchschnitt*. **Unser Stromnetz ist damit das sicherste in der EU.**

* Quelle: SAIDI-Index / BNetzA, 2021

92%

der kommunalen Unternehmen im Breitbandausbau verlegen ihr Glasfasernetz bis in die Gebäude und Wohnungen (FTTB/H) – in der Stadt und auf dem Land.

Quelle: Mitgliederbefragung VKU Telekommunikation, 2020

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)



11011

Der Kommunalbrief

Q4 | 2021



**Ohne Glasfaser kein 4G und 5G:
Künftig wollen 80 Prozent der
kommunalen Unternehmen den
Mobilfunkunternehmen Anschlüsse
für Antennen an ihr Glasfasernetz
anbieten.**

Quelle: Mitgliederbefragung
VKU Telekommunikation, 2020

20 X



**796.000 km für die Stromversorgung:
Die Länge der Strom-Verteilnetze
der Stadtwerke würde reichen, um
ca. 20 Mal die Erde zu umspannen.**

Quelle: VKU: Zahlen, Daten, Fakten, 2020

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

Veränderungen sind unsere Stärke. Wir passen unsere Dienstleistungen und Infrastrukturen an – klimarobust, generationengerecht, digital:

Wir stärken die Resilienz und Ver- und Entsorgungssicherheit, weil wir Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit in der Praxis zusammenbringen. Dieses Zieldreieck gehört zu unserer unternehmerischen DNA. Mit dem Bewusstsein, wie bedeutsam der Schutz unserer kritischen Infrastrukturen für die Versorgung der Bevölkerung ist, ergreifen wir effektive Maßnahmen, zum Beispiel für Cyber-Sicherheit. Für diesen Prozess benötigen wir Unterstützung durch den Gesetzgeber:

Was wir für Versorgungssicherheit brauchen:

1. Ein Infrastruktur-Update, das als Konjunkturpaket wirkt:

Der Wandel verändert die Rahmenbedingungen für die Ver- und Entsorgung. Das erfordert Anpassungen: Unser Land braucht ein Infrastruktur-Update. Infrastrukturen wie Wasser-, Energie- und Glasfasernetze sind kein Produkt von der Stange, sondern Maßanzüge: präzise zugeschnitten auf die Situation vor Ort wie Topographie, erneuerbare Energiequellen oder Siedlungsstruktur. Zudem sind sie langlebig und für Generationen gebaut: ein Schatz unter der Straße, den wir wahren sollten. Der Zeitpunkt ist richtig. Große Teile der Wirtschaft leiden unter der Corona-Krise. Investitionen in die Infrastrukturen stärken unmittelbar das lokale Handwerk und perspektivisch die Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Wirtschaftsstandorts. Sie sorgen für Zusammenhalt durch gleichwertige Lebensverhältnisse und verbessern unsere Resilienz gegenüber künftigen Krisen. Und wegen ihrer Langlebigkeit profitiert auch die kommende Generation. Neue Förder- und Finanzinstrumente, ordnungsrechtliche Vorgaben für die kommunale Ebene, Bürokratieabbau sowie schnellere und digitale Plan- und Genehmigungsverfahren würden das Infrastruktur-Update zu einem Konjunkturprogramm machen.

Drei Handlungsbereiche sind für das Infrastruktur-Update zentral:

Erstens brauchen wir intelligente Stromnetze, Gaskraftwerke und Rechtssicherheit für eine sichere Stromversorgung. Gute und praxisbewährte Rahmenbedingungen, die Klimaschutz und Versorgungssicherheit in Einklang zu bringen, sollten wir erhalten. Zusätzlich brauchen wir innovationsfreundliche Rahmenbedingungen für intelligente Netze (Smart Grids) und eine verlässliche Finanzbasis. Denn mit der Digitalisierung der Netze können wir auch neue Aufgaben meistern, wie den Aufbau einer Ladeinfrastruktur für Elektromobilität. Zudem braucht es Investitionsanreize für den Neubau von Gaskraftwerken. Perspektivisch auf Wasserstoff umrüstbar, steuern sie die nötige Flexibilität für die sichere Versorgung bei. Des Weiteren braucht es klare Regeln bei den Netzabschluss- und Anschlussnutzungsbedingungen





oberhalb der Niederspannungsebene bzw. Niederdruckstufe, damit leistungsstarke Erzeugungsanlagen schnell ans Netz kommen.

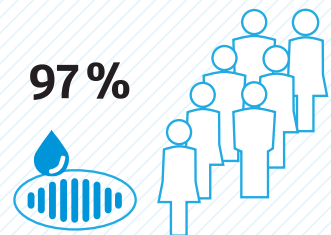
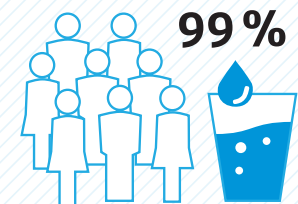
Zweitens brauchen wir passende Rahmenbedingungen für Investitionen in eine weiter sichere Wasserver- und Abwasserentsorgung. Wassernetze und Abwasserkanäle bedürfen guter Pflege und beständiger Investitionen. Klimawandel, Demografie und das Ende der Nutzungsdauer lassen den Investitionsbedarf in vielen Regionen steigen. Weil man jeden Euro nur einmal ausgeben kann, müssen Investitionen in Infrastrukturen als notwendige Daueraufgabe definiert und anerkannt werden. Sie dürfen nicht länger durch neue Aufgaben oder höhere Abgaben, wie die Abwasserabgabe, marginalisiert werden. Reformen müssen Investitionen klar Vorfahrt einräumen.

Drittens müssen wir den Ausbau der Glasfasernetze für schnelles Internet in Stadt und Land voranbringen. Bisher werden lukrative Gebiete doppelt und dreifach, andere Gebiete gar nicht ausgebaut. Rechtliche und regulatorische Chancengleichheit am Markt kann zukünftig Investitionen anreizen: weg vom Wettbewerb der Netze, hin zum Wettbewerb der Dienste auf dem Netz. Und wir sollten Synergien nutzen: Kooperationen und Netzzugangsvereinbarungen können den Ausbau der Glasfasernetze schneller und günstiger vorantreiben. Das bringt auch den flächendeckenden Mobilfunkausbau voran: Kommunale Unternehmen sollten mit ihren Angeboten für Antennenstandorte oder Glasfasernetzanschlüssen künftig besser in die politischen Planungen eingebunden werden.

2. Maßnahmen für Cyber-Sicherheit, um kritische Infrastrukturen wirksam zu schützen

Je digitaler unsere Städte und Gemeinden, desto wichtiger ist der Schutz vor Cyber-Angriffen. Cyber-Sicherheit ist kein Zustand, sondern ein Prozess. Kommunalen Unternehmen entwickeln ihre IT-Sicherheitskonzepte und -maßnahmen kontinuierlich fort. Dabei brauchen wir Unterstützung. Erstens gilt: Redundanz stärkt Resilienz. Energie- und Wasserwirtschaft spannen doppelte Sicherheitsinfrastrukturen auf. Sie verhindern, dass ein gelungener Angriff zu einem großflächigen Ausfall führt. Redundanzen sollten erhalten bleiben. Zweitens sollte der security-by-design-Ansatz gesetzlich verankert werden. Hersteller von Hard- und Software wären verpflichtet, gestiegene Sicherheitsanforderungen schon bei der Programmierung zu berücksichtigen und aufgedeckte Sicherheitslücken schnell zu beheben. Drittens muss die Stromversorgung Teil der nationalen Cyber-Sicherheitsarchitektur werden. Viertens brauchen wir ein nationales Cyberabwehrzentrum nach dem Vorbild des Nationalen Lage- und Führungszentrums für Sicherheit im Luftraum. Fünftens brauchen wir bundesweite Mindeststandards und einen einheitlichen Rechtsrahmen für Planungs- und Investitionssicherheit.

In Deutschland sind 99 Prozent der Bevölkerung über 540.000 Kilometer Leitungsnetz an die öffentliche Trinkwasserversorgung angeschlossen ...

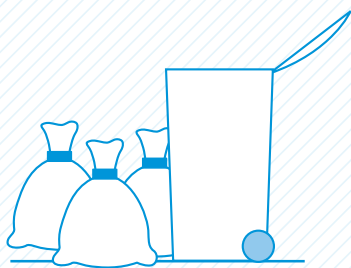


... und das Abwasser von 97 Prozent der Bevölkerung wird über 594.000 Kilometer Abwasserkanäle entsorgt.

Quelle: Destatis 2018

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)





31.500

Tonnen Abfall entsorgen kommunale Unternehmen jeden Tag.

Quelle: VKU: Zahlen, Daten, Fakten, 2020

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

3. Klimarobuste Systeme in der Wasserwirtschaft

Die kommunale Wasserwirtschaft ergreift Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Klimarobuste Infrastrukturen und Systeme sind das Ziel. Politik kann an sieben Stellschrauben drehen, um sie zu unterstützen. Erstens sollte bei Nutzungskonkurrenzen gelten: Wenn das regionale Wasserdargebot nicht für alle gewünschten Nutzungen reicht, müssen Behörden den gesetzlich verankerten Vorrang der öffentlichen Wasserversorgung bei ihren Entscheidungen stärker berücksichtigen. Zweitens sollten die Behörden den Wasserversorgern höhere Wasserrechte genehmigen, wenn dies für eine sichere Versorgung in Trockenzeiten nötig ist. Drittens brauchen wir gute Rahmenbedingungen für Kooperationen zwischen Versorgern. Viertens einen effizienteren Umgang mit Wasser: Um Wasserressourcen von vornherein intelligent zu managen, müssen alle Akteure in der Kommunen an einen Tisch. Fünftens müssen wir auch die Qualität der Wasserressourcen schützen. Es ist effektiver und wirtschaftlicher, Verunreinigungen von Wasserressourcen durch Industrie und Landwirtschaft mit Nitrat und anderen Spurenstoffen konsequent zu verhindern, statt sie aufwändig zu entfernen und die Gebührenzahler mit den Kosten zu belasten. Dazu muss das Verursacherprinzip konkret durch eine erweiterte Herstellerverantwortung im europäischen Grünen Deal verankert werden. Sechstens sollte ein Bundesprogramm für kommunale Klima-Anpassungs-Manager für die nächsten Jahre etabliert werden. Siebtens muss Klima-Anpassung solide finanziert sein: Bund und Länder müssen ein Sonderprogramm Klimavorsorge auflegen.

4. Flächendeckend Abfallentsorgung sichern

Der Gesetzesrahmen ermöglicht das hohe Entsorgungssicherheitsniveau: Die Überlassungspflicht, d.h. der gesetzlich verankerte Auftrag der kommunalen Abfallwirtschaft zur Entsorgung privater Haushaltsabfälle, sollten wir erhalten. Sie verhindert Rosinenpicken und verschafft den kommunalen Entsorgern die nötige Planungs- und Investitionssicherheit. Zugleich sollte sie vor überzogenen Anforderungen im Planungs- und Genehmigungsverfahren bei Deponie-Abfällen geschützt werden.

5. Daseinsvorsorge auch im Insolvenzrecht absichern

Wenn kommunale Unternehmen ihre von der Insolvenz bedrohten Kunden weiter versorgen, können geleistete Zahlungen später zurückgefordert werden. Ohne Versorgung können ihre insolventen Kunden ihre Krise nicht überwinden. Für Leistungen der Daseinsvorsorge sollte daher im Insolvenzrecht eine Ausnahme gelten. Auch sollten Energieversorger in diesen Fällen nicht länger verpflichtet sein, Energiesteuer und EEG-Umlage aus eigener Tasche zu zahlen.





Unser Ziel: **Lebenswerte Kommunen** 2030 und darüber hinaus durch bezahlbare Daseinsvorsorge

2030 mag sich vieles auf der Welt verändert haben. Unser Ziel: Bewährtes bleibt und wird weiterentwickelt, Neues erfolgreich umgesetzt. Und was sich als nicht richtig erweist, mutig und kritisch hinterfragt. Für unsere Kinder gehört der Besuch im örtlichen Freibad mit Schwimmkurs und Pommes zum Sommer wie das Eis. Für die Erwachsenen stehen weiter Sport und Kultur auf dem Programm – zu Preisen, die für jeden Geldbeutel erschwinglich sind.

Ob Energie- und Mobilitätswende, effizientes Wasserressourcenmanagement, Abfalltourplanung oder Klima-Anpassung. Städte, Gemeinden und ihre kommunalen Unternehmen setzen auf Digitalisierung und gestalten den Wandel aktiv: vom digitalen Frühwarnsystem zum Schutz vor Starkregen bis zur intelligenten Verkehrssteuerung. So vielfältig unsere Smart-City-Anwendungen auch sein mögen, sie eint ein Ziel: die Daseinsvorsorge zu verbessern und den digitalen Wandel zu nutzen, um das Leben in Stadt und Land spürbar zu verbessern. 2030 ist Daseinsvorsorge immer und überall sicher und bezahlbar geblieben. Auch in den ländlichen Regionen, in denen wegen des demografischen Wandels immer weniger Menschen leben und die Kosten für bestehende Infrastrukturen und Sport-, Kultur- und Gesundheitsangebote schultern müssen. Wie Menschen Lebensqualität und Infrastruktur in ihrem Ort wahrnehmen, hat unmittelbare Folgen für den Zusammenhalt. Man kann streiten, ob jemand abgehängt ist, oder sich nur so fühlt. Im Kern muss es darum gehen, wie wir die Daseinsvorsorge über das Gesundheitswesen bis zu Kulturangeboten sichern und all das bezahlbar bleibt – egal, wo man wohnt.

Was wir für bezahlbare Daseinsvorsorge brauchen

Smart City und Smart Region: Für den digitalen Wandel brauchen wir fairen Wettbewerb bei datengetriebenen Geschäftsmodellen

Für uns ist Digitalisierung kein Selbstzweck, sondern ein Werkzeug, um den Wirtschaftsstandort zu stärken und die Lebensqualität zu verbessern. Geld ist dabei nicht alles: Neben flächendeckend leistungsfähigen, digitalen Infrastrukturen und guten Rahmenbedingungen für Cyber-Sicherheit brauchen wir klare Regeln für den Umgang mit Daten kommunaler Unternehmen. Wenn nur kommunale Unternehmen ihre Daten offenlegen müssen, ist das ein struktureller Nachteil im Wettbewerb mit privaten Unternehmen. Stattdessen brauchen wir einen verlässlichen, transparenten und fairen Rechtsrahmen, der



Wir setzen uns für gleichwertige Lebensverhältnisse ein, um den Zusammenhalt und die Teilhabe in unserem Land zu stärken. Sie sind ein Versprechen: für Wirtschaftskraft und Lebensqualität in Stadt und Land. Dafür machen wir uns stark.



Für mehr Lebensqualität bauen kommunale Unternehmen das digitale Smart-City-Fundament mit Glasfaser und LoRaWan, inklusive Sensorik für Parkplätze, Abfalleimer etc.

Quelle: Mitgliederbefragung
VKU Telekommunikation, 2020

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)



11011

Der Kommunalbrief

Q4 | 2021



73 %

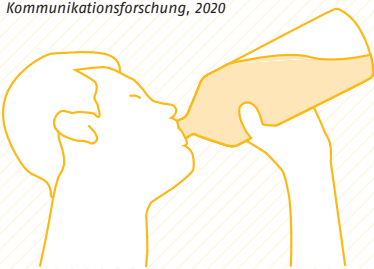
der Deutschen vertrauen ihren kommunalen Unternehmen, die regelmäßig einen Spitzenplatz im Vertrauensranking belegen.

Quelle: forsa-Vertrauensranking im Auftrag von RTL 2021

85,5 %

der Verbraucherinnen und Verbraucher beurteilen die Qualität ihres Trinkwassers als sehr gut oder gut.

Quelle: TWIS-Studie des Instituts für empirische Sozial- und Kommunikationsforschung, 2020



© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

Wettbewerb auf Augenhöhe ermöglicht. Das gilt auch für neue europäische Vorgaben. Kommunale Unternehmen brauchen Planungs- und Investitionssicherheit für ihre Digitalisierungsstrategien.

Für Bäder und ÖPNV: Kommunalen Querverbund erhalten, langfristige Finanzierung sichern

Bäder und ÖPNV sind Angebote der kommunalen Daseinsvorsorge, die sich kaufmännisch nicht rechnen. Dennoch werden sie zu Tarifen und Preisen angeboten, dass sie allen Bürgerinnen und Bürgern offenstehen. Das ist erst durch den steuerlichen Querverbund möglich: Die dauerdefizitären Leistungen werden durch eine steuerlich wirksame Ergebnisverrechnung mit Gewinnen, zum Beispiel aus der Energie- oder Wasserversorgung, finanziert. Politik sollte den kommunalen Querverbund rechtssicher erhalten, damit die kommunale Daseinsvorsorge dauerhaft finanziert ist und so ihren Beitrag zu Lebensqualität in Stadt und Land leisten kann. Zudem müssen wir die Folgen der Corona-Pandemie in den Blick nehmen: Beim ÖPNV treffen sinkende Fahrgastzahlen und Einnahmen auf den Ausbaubedarf für Klimaschutz und Verkehrswende. Der Betrieb der Bäder wiederum ist in der Pandemie nur durch Betriebskonzepte mit klaren Hygiene- und Abstandsregeln möglich. Mehr Aufwand, weniger Besucher: Corona hat die finanziellen Verluste in dieser Badesaison in die Höhe geschraubt. Viele Betreiber fürchten die Schließung. Schwimmen dient der Gesundheit und ist eine Lebensfertigkeit – beides darf keine Frage des Wohnorts sein. Neben dem kommunalen Querverbund ist die kurzfristige, finanzielle Unterstützung von Bund und Ländern in der Corona-Pandemie wichtig für eine langfristig sichere Finanzierung der Angebote der kommunalen Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensverhältnisse.

Ländlicher Raum: Kooperationen und Förderung, damit Daseinsvorsorge keine Frage des Wohnorts wird.

Für einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort und Zusammenhalt muss Daseinsvorsorge immer und überall sicher und bezahlbar bleiben – auch im ländlichen Raum. Gerade bei den Kosten für Modernisierung und Anpassung der Infrastrukturen, zum Beispiel für die Abwasserentsorgung oder Wasserversorgung, an Klimawandel und demografischen Wandel sollte Politik zwei Hebel nutzen. Erstens sollte sie Rahmenbedingungen für Vernetzung und interkommunale Kooperationen verbessern. So werden Risiken und Kosten für den Ausbau von Infrastrukturen geteilt und Synergieeffekte genutzt. Das Steuerrecht sollte dem nicht im Wege stehen: Ab 2023 drohen Kooperationen im Bereich der kommunalen Abfall- und Abwasserwirtschaft neue steuerliche Belastungen. Das gilt auch, wenn Kommunen Aufgaben in einer Anstalt des öffentlichen Rechts bündeln, um Synergien zu erzielen. Das Unionsrecht bietet Möglichkeiten, dies zu verhindern. Nutzen wir sie! Zweitens sollten sie den „Wenige Schultern“-Effekt als Folge der demografischen und siedlungsstrukturellen Entwicklung in ländlichen Räumen abfedern: Wenn die Menschen vor Ort die Finanzierung generationenübergreifender Infrastrukturen nicht mehr





alleine schultern können, sind Fördermittel nötig. Dazu empfiehlt auch die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ in ihrem Abschlussbericht im Jahr 2019 eine „Startprämie“.

Für saubere Städte: Hersteller substantiell an Reinigungskosten beteiligen.

Verschandeltes Stadtbild, schlechteres Sicherheitsgefühl, hohe Kosten: 700 Millionen Euro zahlen Kommunen und damit die Menschen vor Ort jedes Jahr im Kampf gegen Vermüllung („Littering“) der Straßen. Dazu hat die EU das Prinzip der Herstellerverantwortung verankert: Künftig müssen nicht mehr allein die Gebührenzahler die Kosten für die kommunale Stadtreinigung über ihre Gebühren schultern, auch die Hersteller von Verpackungen müssen sich an den Kosten beteiligen. Dazu braucht es nun auch einen transparenten und verlässlichen Finanzierungsmechanismus, der den kommunalen Entsorgern Planungssicherheit für Investitionen in zusätzliche Reinigungstechnik und Personal gibt.

Verpackungsgesetz für mehr Service konkretisieren:

Lebensqualität zeigt sich auch an kleinen Dingen. Kommunen sollten bestimmen können, dass auch unterirdische Container („Unterflurcontainer“) für die Verpackungsentsorgung eingesetzt und gelbe Tonnen vom Grundstück abgeholt werden können.

Daseinsvorsorge in der EU stärken:

Was die Europäische Union im Großen durch „Kohäsionspolitik“ verfolgt, setzen kommunale Unternehmen vor Ort um: gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Sie verschaffen Deutschland einen Standortvorteil, stärken damit auch die EU als Wirtschaftsstandort und fördern den Zusammenhalt. Voraussetzung dafür sind die Gestaltungsspielräume der EU-Mitgliedstaaten bei der Daseinsvorsorge. Für deren Erhalt sollte die Bundesregierung in Brüssel eintreten – insbesondere bei der Weiterentwicklung und Vertiefung des europäischen Binnenmarktes. Die EU-Kommission sollte auch ihr Versprechen für Bürokratieabbau einlösen.

Kommunalen Mittelstand unterstützen.

Als Rückgrat der deutschen und europäischen Wirtschaft wird der Mittelstand geschützt und gefördert. Kleine und mittlere kommunale Unternehmen, die in Deutschland zurecht zur mittelständischen Wirtschaft zählen, zählen jedoch laut EU-Definition nicht als KMU. Grund: Bereits ab 25 Prozent Beteiligung der öffentlichen Hand sind kommunale Unternehmen von der KMU-Förderung ausgeschlossen – auch wenn sie ansonsten die Mittelstands-Kriterien erfüllen. Das muss sich ändern: Die Bundesregierung sollte sich auf EU-Ebene für eine Ausweitung der KMU-Definition auf kleine und mittlere kommunale Unternehmen einsetzen und bis dahin pragmatische Lösungen in den nationalen Förderprogrammen sowie für Bürokratieabbau finden.



700 Mio.

Euro pro Jahr betragen die Entsorgungskosten für Einwegkunststoffartikel gesamt

120 Millionen Euro davon für die Entsorgung von Einweggetränkebechern

225 Millionen Euro davon für die Entsorgung von Zigarettenkippen

Quelle: Littering-Gutachten INFA-Institut für Abfall, Abwasser und Infrastruktur-Management im Auftrag des VKU, 2020

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)



Verband kommunaler Unternehmen e.V.

Invalidenstraße 91, 10115 Berlin
Fon +49 30 58 58 0-0
Fax +49 30 58 58 0-100
info@vku.de

www.vku.de



Terminvorschau:

Mittwoch, 12. Januar 2022

Wird verschoben!

Politisches Frühstück 2022

Ob Klimaschutz oder Strom- und Gaspreise, Debatte um Schutz vor Starkregen nach der Flutkatastrophe oder wie wir beim Glasfaserausbau auf dem Land vorankommen: Es gibt viele Fragen, die sich die Menschen in unserem Land stellen. Und tatsächlich gibt es viele Baustellen, wenn wir wettbewerbsfähig bleiben, unseren Wohlstand auch für die junge Generationen erhalten und einen Aufbruch wollen. Um voranzukommen, brauchen wir schnell die richtigen Maßnahmen.

Klimawandel, Demografie und Digitalisierung fordern die Daseinsvorsorge heraus. Kommunale Unternehmen müssen ihre Systeme und Infrastrukturen anpassen und modernisieren, damit die Versorgung mit Energie, Wasser und Internet sowie die Entsorgung von Abfall und Abwasser klimaneutral werden und sicher und bezahlbar bleiben – immer und überall.

Klimaneutrale, leistungsstarke und bezahlbare Daseinsvorsorge in Stadt und Land ist das Ziel der Kommunalwirtschaft: Stadtwerke, Wasser- und Telekommunikationsversorger und Abfall- und Abwasserentsorger leisten viel dafür. Welche Aufgaben konkret anstehen, wie sektorenübergreifende Lösungen aussehen und wie Politik unterstützen kann, dazu möchten wir uns mit Ihnen austauschen und laden Sie herzlich ein zum

**Politischen Frühstück „11011 Berlin“
am Mittwoch, den 12. Januar 2022
von 7:30 bis ca. 9:00 Uhr im Restaurant Habel am Reichstag,
Luisenstraße 19, 10117 Berlin**

Die Veranstaltung findet unter den dann geltenden Corona-Bestimmungen vom Bund und Land Berlin statt. Stand heute sind wir zuversichtlich, dass es klappen wird.

Gern können Sie sich schon jetzt via dialog@vku.de mit dem **Betreff „Politisches Frühstück“ anmelden**. Sie erhalten auch noch eine digitale Einladung. Wir freuen uns auf den Austausch mit Ihnen!

Das nächste Politische Frühstück findet am 16. Februar 2022 statt.

Michael Ebling, VKU-Präsident und Oberbürgermeister der Stadt Mainz, und Ingbert Liebing, VKU-Hauptgeschäftsführer, freuen sich auf Diskussion und Austausch mit Ihnen!



Wir halten Deutschland am Laufen –
Der Podcast zur Daseinsvorsorge
Direkter Link zum Reinhören:
<https://daseinsvorsorge.podigee.io>

Direkt zum

[Podcast der Daseinsvorsorge](https://daseinsvorsorge.podigee.io)

